

Zukunftsfähiges Deutschland

Zeitfenster 2022: EnergieSparFonds

Im Zeitfenster „Positive Bilanz nach zwölf Jahren EnergieSparFonds“ (S. 351) wurde angenommen: Im Jahr 2010 wurde der EnergieSparFonds von der Bundesregierung gegründet, um integrierte Förder- und Beratungsprogramme für Energieeffizienz zu organisieren oder auszuschreiben und zu finanzieren. So sollte nachweisbar pro Jahr ein Prozent Energie zusätzlich eingespart werden.



Was bisher geschah...

Im Jahr 2008 gab es zwar bereits die Förderprogramme zur energetischen Modernisierung von Wohngebäuden, aber wenig Angebote für Energieeffizienz im Strombereich sowie für Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen. Zudem gab es separate Beratungs- und Investitionsförderprogramme, aber ohne massive Information dazu und ohne Einbindung auch von Marktpartner*innen aus der Anbieterseite.

Der Vorschlag für einen EnergieSparFonds war vom Wuppertal Institut in einer Studie mit Förderung durch die Hans-Böckler-Stiftung ausgearbeitet worden (Irrek, W.; Thomas, S. (2006)). Er war inspiriert von positiven Erfahrungen aus dem Ausland. Die Integration von Beratung, Investitionsförderung und Einbindung von Marktpartner*innen wurde beispielsweise vom dänischen Stromsparfonds erfolgreich demonstriert. Auch die Unabhängigkeit von jährlichen Haushaltsverhandlungen und Interessen durch eine Finanzierung aus Energiesteuer-einnahmen und die Organisation als Stiftung bürgerlichen Rechts war unter anderem vom dänischen Stromsparfonds inspiriert.

Zwar ist ein EnergieSparFonds in dieser Form der Finanzierung und Organisation in Deutschland nicht eingerichtet worden. Dennoch finden sich Elemente des Vorschlags in der Realität wieder:

- Es wurde ein Energieeffizienzfonds gegründet und aus dem Bundeshaushalt finanziert. Er ist Teil des Energie- und Klimafonds, der aus Einnahmen des EU-Emissionshandels finanziert wird. In der Vergangenheit war er jedoch mit meist 100 bis 200 Mio. Euro pro Jahr deutlich geringer dotiert als die eine bis 1,5 Milliarden Euro jährlich, die vom Wuppertal Institut vorgeschlagen waren.
- Es wurden zusätzliche Investitionsförderprogramme aufgelegt, unter anderem für Querschnittstechnologien zur effizienten Stromnutzung in der Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen, wie sie vom Wuppertal Institut vorgeschlagen wurden.
- Auch die Idee, die Umsetzung von Energiesparprogrammen auszuschreiben, hat die Bundesregierung aufgegriffen.
- Das Ziel, etwa ein Prozent pro Jahr an Energie nachweislich durch Politikinstrumente, insbesondere Förderprogramme, zusätzlich einzusparen, steht seit 2012 in der EU-Energieeffizienzrichtlinie. Die Nachweispflicht richtet sich an die Mitgliedstaaten, die dazu alle drei Jahre einen Energieeffizienzplan vorlegen mussten; seit 2019 Teil des Nationalen Energie- und Klimaplanes. Deutschland hat danach seine Ziele erreicht, aber etwa zur Hälfte durch Anrechnung von Effekten der Energiesteuerreformen von 1998 bis 2002. Durch Programme wie die des EnergieSparFonds wurde also etwa halb so viel eingespart wie damals vom Wuppertal Institut vorgeschlagen.

Wo stehen wir heute – und warum?

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz und mit dessen Anpassung im Jahr 2021 haben sich die Vorzeichen deutlich geändert. Treibhausgasneutralität bis 2045 ist Ziel. Hinzu kam die Corona-Pandemie: Für die wirtschaftliche Erholung stellte die Bundesregierung 2020 unter anderem für die energetische Gebäudesanierung zusätzliche Milliarden Euro zur Verfügung. Der Plan der früheren Bundesregierung war es, bis 2024 pro Jahr 6 Mrd. Euro für Energieeffizienz zu investieren, also deutlich mehr als die eine bis 1,5 Milliarden Euro jährlich, die vom Wuppertal Institut für den EnergieSparFonds vorgeschlagen waren. Allerdings hat sich Anfang 2022 gezeigt, dass 2020/2021 ein großer Teil dieser Mittel in eine ineffiziente Förderung von Neubauten geflossen ist.

Bis 2019 waren die Mittel jedenfalls zu gering, um die Potenziale der Energieeffizienz ausreichend zu heben. Offenbar wurde in der Politik die Dringlichkeit des Klimaschutzes ebenso unterschätzt wie die vielfältigen positiven Nutzeffekte der Energieeinsparung.

Zudem wollten die Ministerien offensichtlich die Kontrolle der Energieeffizienzpolitik in eigener Hand behalten. Es wurde kein unabhängiger Energiesparfonds gegründet, sondern es gibt weiterhin staatliche Förderprogramme. Deren Konzeption und Evaluierung werden vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und der Bundesstelle für Energieeffizienz gesteuert, die Auszahlung der Förderung erfolgt über die KfW Förderbank und das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.

Ob ein EnergieSparFonds in den letzten 12 Jahren effektiver und effizienter in der Umsetzung der Potenziale gewesen wäre, können wir nicht wissen. Es kommt nun darauf an, in den kommenden Jahren so viel und rasch wie möglich an Energie einzusparen.

Tendenzen für die kommenden Jahre

Die neuen Impulse aus dem Klimaschutz wurden schon erwähnt. Auf EU-Ebene ist im Zuge der Umsetzung des Green Deals mit dem „Fit for 55“-Paket zu erwarten, dass die Energiesparziele für die Mitgliedstaaten angehoben werden. Die neue Bundesregierung hat den Energie- und Klimafonds mit vielem Milliarden Euro zusätzlich ausgestattet und arbeitet am Klimaschutz-Sofortprogramm. Im „Sommerpaket“ sollen auch viele neue und weiterentwickelte Energieeffizienzprogramme enthalten sein.

Hinzu kommt der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der es nochmals dringlicher macht, unseren Verbrauch an fossilen Energien zu reduzieren, weil damit auch die Versorgungssicherheit mit Energie steigt. Von der EU-Ebene (RePowerEU) bis zur deutschen Politik sind daher zusätzliche Anstrengungen für Energieeffizienz und Energieeinsparung, Hand in Hand mit dem Ausbau erneuerbarer Energien und der Elektrifizierung von Gebäudewärme, Verkehr und Industrie zu erwarten.